



ANEF – Resolution

Die UnterstützerInnen – TeilnehmerInnen der ANEF-Tagung am
17. Juni 2009 in Linz stellen fest:

1) Keine nachhaltige Energieform

Angesichts gravierender Sicherheitsdefizite und weiterer Nachteile ist Kernenergie keine nachhaltige Energieform. Deshalb fordern die UnterzeichnerInnen den möglichst raschen Ausstieg aus der Kernenergie.

2) Keine Förderung von AKW

Mit Entschiedenheit werden alle Versuche zurückgewiesen, eine Renaissance der Kernenergie unter dem Deckmantel des Klimaschutzes einzuleiten. Klimaschutz darf zu keiner Förderung der Kernenergie werden, auch nicht indirekt.

3) Keine wirtschaftliche Effizienz

Klimaschutz erfordert den besonders effizienten Einsatz der begrenzt vorhandenen Geldmittel, um möglichst rasch deutlich nachvollziehbare Effekte zu erzielen. Investitionen in den Bau neuer Kernkraftwerke sind ökonomisch nicht effizient. Sie behindern außerdem den Einsatz effizienter Instrumente zur Reduktion von Treibhausgasen, wie Energiesparen, Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung oder den forcierten Ausbau erneuerbarer Energieträger.

4) Atomkraft im Wettbewerb mit Erneuerbarer Energie

Große und unflexible Kraftwerksanlagen wie Atomkraftwerke sind im modernen Netz-Management im direkten Wettbewerb um Netzkapazitäten und Flexibilität mit den wachsenden erneuerbaren Energieträgern. Wenn der Anteil der Nuklearenergie im Strommix steigt, wird dies die Entwicklung von Energieträgern mit wirklich geringen Klimaauswirkungen behindern. Nur die Verringerung von Groß-Kraftwerksanlagen wird jene Flexibilität der Stromnetzes ermöglichen, wie sie für eine 100% erneuerbare Zukunft notwendig ist.

5) Abgabe auf Atomstrom

Die EU wird aufgefordert, eine Abgabe auf Atomstrom einzuheben, um falsche Lenkungseffekte durch den Handel mit Emissionszertifikaten zugunsten der Kernkraft zu vermeiden. Der Erlös aus dieser Abgabe soll zweckgebunden eingesetzt und dafür verwendet werden, um die Energieeffizienz zu steigern. Dazu soll ein EU-weites Förderprogramm gestartet werden. Die UnterzeichnerInnen schlagen vor, dass die Höhe dieser Abgabe auf Atomstrom vergleichbar mit jener sein, die auf Strom aus Braunkohle-Kraftwerken eingehoben wird.

6) Keine Propaganda

Die UnterzeichnerInnen stimmen darin überein, dass das European Nuclear Energy Forum (ENEF) seinem Auftrag zur offenen Diskussion *aller* Aspekte der Kernenergie nicht nachkommt. Wiederholt wurden derartige Veranstaltungen für Propagandazwecke für die Atomindustrie missbraucht. Vor diesem Hintergrund wird die EU-Kommission ersucht, das Anti-Nuclear European Forum (ANEF) ebenso viel Unterstützung zukommen zu lassen wie dem ENEF. Nur dadurch kann eine ausgewogene Diskussion *aller* Aspekte der Nutzung der Kernenergie gewährleistet werden.

Linz, am 17. Juni 2009